

Haushaltsrede 2008

des Vorsitzenden der SPD-Fraktion
in der Landschaftsversammlung Rheinland

Herrn Dr. Jürgen Rolle

am 10. März 2008

in Köln

(Es gilt das gesprochene Wort)

Haushaltsrede 2008 von Herrn Dr. Jürgen Rolle

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Landesdirektor,
sehr geehrter Herr Dr. Baur aus Westfalen,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ganz am Anfang ein – das einzige, soviel sei jetzt schon verraten – Kompliment an die Landesregierung. Offensichtlich hat sie sich besonnen und ist ein Stück weit zur Vernunft gekommen: Das Thema „Integration“ von zwei kommunalen Landschaftsverbänden in drei staatliche Regionalpräsidien ist bis auf weiteres vom Tisch!

Die „Welt am Sonntag“ von gestern (9.3.08) verleiht dazu an Herrn Papke, Herrn Stahl und Innenminister Wolf den Gemeinschaftsehrenpreis für das bisher stillste Begräbnis der Wahlperiode“! und führt abschließend dazu aus: ich zitiere: „Offenbar sind die Koalitions-Hochzeiter von 2005 im eintönigen Ehe-Alltag angekommen. Das Überlebensmotto lautet: Keine Experimente“! Gut so !

Einsicht? Verdruss? Oder am Ende doch nur Frustration darüber, dass schon viel kleinere Vorhaben ohne Erfolg sind:

Zum 1.1.2008 sind den Landschaftsverbänden nämlich die Leistungen des Sozialen Entschädigungsrechts von den aufgelösten Versorgungsämtern übertragen worden. Damit ist der LVR nun alleiniger Ansprechpartner für alle Leistungen der Kriegsopferversorgung und –fürsorge sowie einiger anderer Unterstützungsmöglichkeiten auf Grundlage des Bundesversorgungsgesetzes. Soweit, so gut. Allerdings wurden uns die Aufgaben des Schwerbehindertenrechts nicht übertragen, diese werden nun – entgegen der Forderung aller Verbände - von den Kreisen und kreisfreien Städten wahrgenommen. Nicht nur thematisch, auch organisatorisch hätte sich hier angeboten, diese überregionalen Aufgaben – wenn denn schon eine gut funktionierende Versorgungsverwaltung zerschlagen werden muss – auf die Landschaftsverbände zu übertragen. Ging aber nicht – die wollte man ja auflösen!

Und weil ein Fehler selten allein kommt: Bei der vorgenommenen Übertragung der Aufgaben ist das verfassungsrechtlich festgelegte Konnexitätsprinzip ganz offensichtlich nicht eingehalten worden.

Die mit der Aufgabenübernahme vorgesehene Personal- und Sachkostenerstattung ist völlig unzulänglich. Ein Klageverfahren gegen das Land gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden ist daher unumgänglich, damit unsere Mitgliedskörperschaften nicht indirekt über die Umlage auch noch die Kosten dieser Fehlentscheidung des Landes zu schultern haben.

Gut, dass die kommunale Familie so gut organisiert ist. Fehler der Landesregierung werden z.B. durch interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen einer ärztlichen Kooperation mit den Städten Köln, Bonn, Leverkusen und dem Rhein-Erft-Kreis teilweise wettgemacht. Der LVR übernimmt hier als Dienstleister die Organisation und Verwaltung des Ärztlichen Dienstes, den die Mitgliedskörperschaften alleine nicht managen können. Also: ein gut funktionierender kommunal übergreifender ärztlicher Dienst wird vom Land aufgelöst, um dann – auf Initiative der Kommunen – vernünftigerweise für diese wieder neu zu entstehen. Eine Ohrfeige für diese Landesregierung ! Nicht die einzige !

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
den finanziellen Schwerpunkt des Gesamthaushaltes des LVR bilden die Leistungen für Menschen mit Behinderungen. Die Eingliederungshilfe ist aufgrund der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts gekennzeichnet durch einen steigenden Anteil von Menschen mit Behinderungen, die auf Leistungen nach dem SGB XII angewiesen sind und hierauf einen Anspruch haben.

Die SPD-Fraktion vertritt seit Jahren den Standpunkt, dass diese finanziellen Herausforderungen nur dann gemeistert werden können, wenn es gelingt, die Hilfen fachlich weiter zu

entwickeln und zugleich auch die Kosten positiv zu beeinflussen: Kurz gesagt: Mehr Qualität durch intelligente, innovative Steuerung der Hilfen.

Mehr Qualität heißt für uns: Mehr Autonomie für die betroffenen Menschen.

Dies kann nur gelingen, wenn der Grundsatz „ambulant vor stationär“ umgesetzt und damit einhergehend ein personenbezogenes, bedarfsorientiertes Leistungsspektrum entwickelt wird.

Die SPD-Fraktion hat zur Unterstützung dieser Neuorientierung in den vergangenen Jahren diverse Programme auf den Weg gebracht. Sie stellt, um den Prozess weiter voranzutreiben, gemeinsam mit den Partnern der Gestaltungsmehrheit die Ihnen vorliegenden Anträge, deren Umsetzung den erfolgreich eingeschlagenen Weg fortführen werden.

Der vor uns liegende Haushalt für das Jahr 2008 zeigt die Erfolge unserer aktiven Steuerungspolitik. Trotz steigender Fallzahlen insgesamt weist der Haushalt bei den Leistungen zum stationären Wohnen eine um 830 Personen sinkende Fallzahl von 2007 nach 2008 aus. Dies ist ein Riesenerfolg und bundesweit einzigartig. Erfolg konsequenter Arbeit meiner Fraktion und der Gestaltungsmehrheit!

Gemeinsam mit unseren Partnern hat die SPD durch eine Vielzahl von Anreizprogrammen und Begleitmaßnahmen den Wechsel vom Heim zum selbstständigen Wohnen begleitet. Und ein Blick in den Haushalt zeigt, dass die Anstrengungen nicht nur den Betroffenen mehr Selbstbestimmung geben, sondern sich auch gut rechnen.

Für das bereits Erreichte geht mein herzlicher Dank an die Verwaltung - den Landesdirektor, die Landesrätin, den Kämmerer und die sonstigen Verhandlungsführer. Sie haben beachtliche und inzwischen überregional anerkannte Erfolge bei der Ausgestaltung und Steuerung der Eingliederungshilfe erreicht.

Meine Damen und Herren,

ein zentrales – wenn nicht d a s zentrale Thema für 2008 ist die Zukunftssicherung der Rheinischen Kliniken.

Hierzu habe ich im letzten Jahr ausgeführt: Ich zitiere: „Um eins für die SPD hier ganz unmissverständlich klarzustellen: Wir werden diese Diskussion unter der Prämisse führen, dass die Kliniken in der bewährten Trägerschaft des LVR bleiben und dass eine Privatisierung der Kliniken ausgeschlossen ist.“

Sehr erfreulich ist, dass genau dies die wesentliche Botschaft des inzwischen vorgelegten BDO-Gutachtens ist: Wir können die Zukunft unserer Kliniken auch sichern, ohne sie in eine privatrechtliche Rechtsform zu überführen. Allerdings müssen wir die Kraft zu einer deutlichen Umstrukturierung innerhalb der bestehenden eigenbetrieblichen Rechtsform haben. Wir haben deutlich gemacht, dass wir diesen Weg gehen wollen, und wir sind zuversichtlich, dass wir erfolgreich sein werden.

Der Erhalt der wirtschaftlichen Gesundheit unserer Kliniken auch in schwieriger werdenden Zeiten ist unser Kernanliegen - und zwar als Voraussetzung für das Erreichen des dahinter stehenden Ziels, nämlich

die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, bedarfsgerechten, personenzentrierten und wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung des Rheinlandes. Der Landschaftsverband Rheinland sieht sich insoweit nicht nur als Krankenhausträger in einem Wettbewerbsverhältnis zu anderen Krankenhausträgern, sondern – sozusagen mit Leidenschaft - in einer umfassenden Verantwortung für die psychiatrische Versorgung der Bevölkerung. Ich will diesen sehr komplexen Zielbereich mit einigen Stichworten skizzieren:

- die Verbesserung der Wohnortnähe der psychiatrischen Versorgung durch den Ausbau dezentraler Versorgungseinheiten,
- die Schaffung spezialisierter Angebote für bestimmte Bevölkerungsgruppen: z.B. für Menschen mit Migrationshintergrund, Kinder und Jugendliche, für alte Menschen !
- die bessere Vernetzung der Rheinischen Kliniken mit den Sozialpsychiatrischen Zentren und anderen gemeindepsychiatrischen Hilfen,

- die Gewährleistung einer modernen Psychiatrie durch notwendige investive Maßnahmen, die wir letztlich mit unserem Antrag zeitnah sicherstellen wollen, weil nach wie vor Unklarheit über die Höhe der neuen pauschalen Bauförderung durch das Land besteht.

Ich freue mich, dass es in den diesjährigen Haushaltsberatungen gelungen ist, all diese wichtigen Themen zu platzieren und dass wir insofern davon ausgehen können, die finanzielle Basis für wichtige Entwicklungen in diesen Feldern gelegt zu haben. Leider mussten wir ein weiteres Mal feststellen, dass die Landesregierung durch die geänderte Krankenhausinvestitionsfinanzierung vor allem eigene finanzielle Interessen verfolgt hat, das heißt: eine Sanierung des Landeshaushaltes auf Kosten der Krankenhausträger und somit letztlich auf Kosten der kranken Menschen in unserem Land.

Hier haben wir durch unseren Antrag zur tagesklinischen Versorgung unmissverständlich Position bezogen, für bürgerfreundliche Vor-Ort-Behandlung der Patientinnen und Patienten und zugleich für die wirtschaftliche Stärkung der einzelnen Kliniken durch die Errichtung wichtiger Dependancen.

Ein weiteres wichtiges Feld sind die aktuellen Entwicklungen in unseren Schulen.

Das Schulgesetz gibt den Schulträgern die Möglichkeit, in einer Pilotphase Förderschulen zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung auszubauen.

Mit dem Ausbau von Förderschulen zu Kompetenzzentren soll die Grundlage dafür geschaffen werden, alle Maßnahmen der sonderpädagogischen Förderung zu bündeln - also z.B. Diagnose, Beratung, Unterricht, Prävention - und wirkungsvoll an Förderschulen und im allgemeinen Schulsystem zu verankern durch ein Netzwerk zwischen Kompetenzzentren und allgemeinen Schulen.

Kinder sollen früher, unbürokratischer und bedarfsgerechter gefördert werden und zwar möglichst wohnortnah und präventiv in allgemeinen Schulen.

Fachbezogene Frage:

Warum beschult man diese Kinder/Jugendlichen dann nicht direkt in Regelschulen wie in anderen Ländern (Skandinavien, Südtirol) bereits erfolgreich üblich !

Andererseits, das Ziel stimmt, deswegen wollen wir uns diesem Pilotversuch nicht verschließen und fordern die Verwaltung auf, alles erdenkliche zu unternehmen, um die notwendigen Netzwerke zu schaffen und überregional zu steuern, damit langfristig das Ziel erreicht werden kann, alle Kinder an Regelschulen zu beschulen.

Bevor ich mich mit dem eher trockenen Pflicht-Thema „Umlage“ auseinandersetze (= als „Tugend“ einer Haushaltsrede), ein paar Worte zu einem schöneren Thema !

Als Überleitung dazu kurz ein Vers von Wilhelm Busch:

*„Ach ich fühl es! Keine Tugend ist so recht nach meinem Sinn,
stets befind ich mich am Wohlsten, wenn ich damit fertig bin !
Dahingegen so ein Laster, ja, das macht mir viel Pläsir,
und ich hab die hübschen Sachen, lieber vor als hinter mir !“*

Kommen wir also zur Kultur !

Ein Hauptziel unserer Politik im Kulturbereich ist es nach wie vor, den von uns eingeschlagenen Weg der Netzbildung konsequent fortzusetzen. Dies soll mit der Zielsetzung erfolgen, durch Kooperation der LVR-Einrichtungen mit Stiftungen, Einrichtungen und Akteuren in der Region, inhaltliche und wirtschaftliche Synergien zu bilden und die Kulturlandschaft Rheinland zu profilieren.

In diesem Zusammenhang haben wir im Jahr 2007 das Max Ernst Museum übernommen, das momentan mit der Neo Rauch Ausstellung bundesweit von sich reden macht.

Allerdings hat diese Museumsübernahme auch dazu geführt, dass in der Öffentlichkeit und auch in unseren Mitglieds Körperschaften der Eindruck entstanden ist, der LVR betreibe die

Netzwerkbildung mit dem Ziel, weitere Museen in die Trägerschaft des Landschaftsverbandes zu übernehmen. Entsprechende Wunschvorstellungen von Museumsträgern in diese Richtung sind bekannt.

Generell sehen wir die Zielrichtung unserer Politik hier: In Kooperation mit den einzelnen Partnern, tragfähige Lösungen zu finden.

Ziel kann es nicht sein, lediglich weitere „notleidende“ Museen in den Reigen der LVR-Museen aufzunehmen oder diese auf Kosten der kommunalen Gemeinschaft zu sanieren.

So arbeiten wir z.B. mit dem Museum Zinkhütter Hof in Stolberg an einer Lösung, bei der der Landschaftsverband, das Museum und lokale Partner an einem Strang ziehen, ohne dass die Trägerschaft des Museums verändert wird.

Diese Zusammenarbeit wird als Muster für weitere Kooperationen dienen.

Stolz sind wir auch auf die Zusammenarbeit mit dem Land und der Stadt Essen, was die Zeche Zollverein und das Ruhrmuseum angeht.

Das nächste Thema, das ansteht, heißt „Vogelsang“. Auch hier – wie in allen anderen Fällen - ist es wichtig, dass wir dann, wenn von uns eine finanzielle Beteiligung erwartet wird, auch entsprechend in die Entscheidungsgremien eingebunden werden. Wir werden und müssen uns dann aber auch klar und unmissverständlich unserer Verantwortung stellen, was die inhaltlichen Aspekte angeht.

Insgesamt halten wir es bei allen Kooperationen für wichtig, im Konsens mit allen Partnern individuelle Lösungen zu finden.

Da dies oft nicht ohne finanziellen Beitrag möglich ist, haben wir für den Haushalt 2008 zusätzliche Mittel für die Netzwerkbildung vorgesehen.

Auf die Ihnen vorliegenden weiteren Anträge der Gestaltungsmehrheit möchte ich mit Blick auf die Zeit nicht im Detail eingehen.

Trotzdem möchte ich betonen, dass uns die Projekte

- „Schüler wohnen im Museum“,
- die Aufarbeitung der rheinischen Geschichte mit ihren unterschiedlichen Facetten,
- die Verstärkung der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für unsere Museen und
- die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

sehr am Herzen liegen.

Nun zum Haushalt.

Vor rund einem Jahr hat der Landschaftsverband Rheinland den vollständigen Umstieg auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) vorgenommen. Damit haben wir als Umlageverband bundesweit eine Vorbildfunktion übernommen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine – im wahrsten Sinne des Wortes – „erste Bilanz zu ziehen“.

Mit der vorzeitigen und zügigen Umstellung ist es gelungen, der Eröffnungsbilanz eine hohe Qualität zu geben. Kaum eine Kommune in Nordrhein-Westfalen war bislang in der Lage, die Eröffnungsbilanz noch im gleichen Jahr zu dessen Beginn sie aufgestellt wurde, durch die politische Vertretung feststellen zu lassen. Auch dies ist sicherlich vorbildlich.

Die wesentlichen Fakten zu Ihrer Erinnerung: Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Eröffnungsbilanz durch Beschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen, die sich anschließende überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW bescheinigt dem Landschaftsverband Rheinland ein hohes Niveau und das Innenministerium als Aufsichtsbehörde lobt den LVR als Vorreiter in der kommunalen Familie.

Der Verwaltung gebührt an dieser Stelle Dank und Lob zugleich.

Auch im Haushaltsjahr 2008 gilt es, den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent fortzusetzen. Das bedeutet für meine Fraktion:

- Entlastung unserer Mitgliedskörperschaften,
- Entschuldung des Haushaltes,
- Qualitätssicherung für die von uns betreuten Menschen.

Wie gerne hätte ich hier heute von einer Umlagesenkung von rd. einem Punkt gesprochen. Doch hat uns da die Landesregierung sowie ein schlechtes Banken-Management einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die aktuelle Entwicklung bei der WestLB, die uns durch eine vernünftige, frühzeitige und von allen Finanzexperten geforderte Fusion mit der LBBW so erspart geblieben wäre, lässt dies leider nicht zu. Herr Rüttgers hätte statt - letztendlich sogar nutzloser - Wahlkampfhilfe für „Erziehungscamp-Roland“ besser auf den Rat der Experten gehört.

Karl Kraus – ein bekannter Satiriker – hätte das Verhalten des Ministerpräsidenten möglicherweise wie folgt beschrieben:

„Es genügt nicht, sich keine Gedanken zu machen, man muss auch unfähig sein, sie auszudrücken.“

Was jetzt, Herr Ministerpräsident? Die Kommunen erwarten Antworten, denn immerhin kommen sie mittel- oder unmittelbar für zwei Drittel der Mittel auf, die jetzt zur Sanierung geleistet werden müssen !

120 Mio. Euro allein für den LVR, davon 60 Mio. sofort, das können wir im Hinblick auf unseren enormen Schuldenstand nicht ausschließlich über Kredite finanzieren – wie von der CDU vorgeschlagen . Damit würden wir die von Landesregierung und Bankmanagern verursachten Schäden auf unsere Kinder und Enkel abwälzen und zugleich die bislang hart erarbeitete Erfüllung der Auflage des Innenministers, den Schuldenstand drastisch zu reduzieren, mit einem Schlag verspielen. Dazu scheint die CDU bereit zu sein – die Gestaltungsmehrheit macht da nicht mit ! Und die Gestaltungsmehrheit war es auch, die diesem Wahnsinn der galoppierenden WestLB Deckungszusagen – bezogen auf den LVR – massiv entgegengetreten ist – gemeinsam mit den betroffenen Sparkassenverbänden und dem LWL.

Gemeinsam haben wir eine Staatsgarantie gefordert – und durchgesetzt – für Belastungen, die darüber hinausgehen!

Gemeinsam? Wir dachten, dass alle Fraktionen des LVR hinter diesem Bemühen stehen. Weit gefehlt: Zwei Tage nach schriftlicher Unterzeichnung der entsprechenden Vereinbarung erreicht uns ein Brief mit u.a. folgender Nachricht: (Zitat):

„Für die CDU-Fraktion LVR möchten wir feststellen, dass die Forderung einer Staatsbürgerschaft unsererseits nie erhoben wurde.“

Das heißt übersetzt in Zahlen: Diese LVR-CDU-Fraktion hätte auch eine Belastung für den LVR von bis zu 300 Mio. Euro hingenommen !

Ich würde mir wirklich für so eine große Fraktion mehr Standfestigkeit gegenüber „Ihrer“ Landesregierung wünschen!

Wie gesagt: 120 Mio. Euro allein für den LVR, davon 60 Mio. Euro sofort, das können wir nicht mal eben aus der Portokasse zahlen.

Aus diesem Grund haben wir uns schweren Herzens und mit großem Groll gegen die, die diese Entwicklung bei der WestLB zu verantworten haben, dazu entschieden, die Umlage dieses Jahr auf 15,85 % festzuschreiben und somit zumindest immer noch um 0,65 Punkte zu senken.

Ein Kompromiss, der keinen wirklich befriedigt, aber die einzig wirklich vernünftige Entscheidung im Hinblick auf Qualitätssicherung einerseits und nachhaltige Konsolidierung des Haushaltes andererseits !

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
es ist dies der letzte LVR-Haushalt in der Gesamtverantwortung des jetzigen Landesdirektors. Lieber Udo Molsberger:

ich danke Ihnen – für meine Fraktion – sehr für die insgesamt gute Zusammenarbeit mit der Gestaltungsmehrheit. Es war gewiss nicht immer einfach für Sie mit uns (umgekehrt allerdings auch) aber – Kompliment, man traut es Ihnen rein körperlich gar nicht zu – Sie haben manch furiosen Drahtseilakt geschafft. Dafür unseren Dank und natürlich Dank auch an alle MitarbeiterInnen des LVR für Ihre Arbeit mit dem Ziel, „Qualität für Menschen“ zu schaffen und Dank an Sie alle hier für Ihre Aufmerksamkeit.